

Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Bern: Verordnung zur Videoüberwachung

Nominiert: Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Kt. Polizei- und Militärdirektion, Bern

Kategorie: *Staat*

Zusammenfassung:

Im Herbst 2008 verabschiedete der Berner Grosse Rat mit Änderungen im Polizeigesetz die gesetzliche Grundlage für die Videoüberwachung des öffentlichen Raumes. Der kantonale Polizei- und Militärdirektion (POM) unter der Leitung von Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP) arbeitete in der Folge eine Verordnung zur Regelung der Videoüberwachung aus. Bei der Ämterkonsultation (Vernehmlassung) «vergass» sie allerdings, den Kantonalen Datenschützer einzubeziehen, wie es gesetzlich zwingend erforderlich ist. Der Datenschutzbeauftragte erfuhr nur «durch einen Zufall» vom Verordnungsentwurf. Für Käser handelte es sich lediglich um einen «Formfehler».

Die Verordnung trat am 1. Juli 2009 in Kraft, allerdings mit Ausnahme von zwei Artikeln, deren Einführung auf den 1. Oktober 2009 verschoben wurde: Erstens der Artikel zum Datenschutz, zweitens der Punkt «Echtzeitüberwachung». Dieser Punkt löste im Grossen Rate parlamentarische Vorstösse aus, weil in den Verhandlungen zur Revision des Polizeigesetzes nie von einer solchen Echtzeitüberwachung die Rede war. Grüne und SP reichten deshalb gegen diesen Punkt beim Bundesgericht eine staatsrechtliche Beschwerde ein.

Die Polizeidirektion argumentiert, die Echtzeitüberwachung sei im Begriff «Bildaufzeichnung und Bildübermittlung» immer schon mitenthalten gewesen.

Quellen:

- „Videokameras: Beschwerde von SP und Grünen“, in: Berner Zeitung, 9.7.09
- „Big Brother gibt es schon längst“, in: Der Bund, 17.7.09
- „Käser übergeht den Datenschützer“, in: Berner Zeitung, 12.8.09
- „Unklarheiten und Missverständnisse“, in: Der Bund, 2.9.09